Nummer 96 Halle, Mittwoch, den 25. April 1923 58. Jahrgang
Einzelpreis: 150,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3400.00 Mark, durch die Post frei zugestellt im Monat Mai Mark 3500.00, in den ausgabestellen abgeholt Mark 3300.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 180.00, im auswärtigen Verkehr Mark 150.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 400.00 im Ortsverkehr und Mark 500.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Nummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: Saalezeitung Halleſsaale". Bank-Konto: Bankhaus Feinfeld Stadner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle

Paul Theuring
Rohrprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Trotzkistraße 21, sowie die ansässigen Filialen kaufen und zahlen Rohrprodukten Tagespreise für alle Rohrprodukten.

In Erwartung der deutschen Vorschläge.

Die Reparationskommission über unsere Sachleistungen. – Industrievertreter und Parteiführer beim Kanzler. – Freigabe des Bahnhofs Bochum. – Obstruktion der Linken im Reichstag.

Paris zum Reparationsproblem.

Paris, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Der Berichterstatter des „Eclair", der den Meinungsaustausch in Deutschland auf die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten zurückführen will, erklärt: „Unsere Lage ist außerordentlich günstig (?). Die politische Offensive unseres Ministerpräsidenten hat die besten Resultate gezeitigt. Die Frage, ob Cuno am Ruder bleibt oder einem Kabinett Stresemann Platz macht, kann uns für den Augenblick nicht weiter interessieren." Im „Journal Industrielle" veröffentlicht Loucheur eine Berichtigung zu seiner letzten Rede über die Reparationsfrage, die zum Teil falsch ausgelegt worden sei. Er sei der Ansicht, daß es Deutschland in kurzer Zeit möglich sein werde, seine Finanzen zu sanieren und durch einen neuen Staatshaushalt einen jährlichen Budgetüberschuß von 5 bis 6 Milliarden Goldmark zu erzielen, die für die Reparationen verwendet werden könnten. Da Deutschland kein Gold produziere, werde es zu Sachleistungen gezwungen sein. Dadurch werde es nicht nur nach den alliierten Ländern, sondern auch nach allen Ländern der Welt ausführen, und einen großen Exportüberschuß erzielen. In den nächstfolgenden Jahren würde dies allerdings nicht möglich sein, und Deutschland werde darum gezwungen sein, eine internationale Anleihe aufzunehmen. Der Erlös dieser Anleihe müsse allerdings den Alliierten zugute kommen und dürfte nicht für die Steigerung der deutschen Produktion verwendet werden. „Havas" will wissen, daß innerhalb der deutschen Regierung Meinungsverschiedenheiten bestehen, die sich in zwei verschiedene Hauptströmungen teilen lassen. Die eine möchte das Angebot vom Januar aufrechterhalten und erneuern, während die andere der Meinung sind, daß höhere Zahlen vorgeschlagen werden müssen. Der Korrespondent der Havasagentur glaubt, daß, wenn die erste Strömung die Oberhand gewinnen sollte, es möglich sei, daß ein Angebot gemacht werde, das noch hinter dem Januarangebot zurückbleibe, da man es als sehr geschickt ansieht, ein niedriges Angebot zu machen. Viktor Basch in der „Ere Nouvelle" hält es nach der Unterhausrede des englischen Außenministers für dringend geboten, daß Frankreich und Deutschland sich direkt verständigen.

Die Stimmung in Frankreich.

Die Erregung der Pariser Presse über die Rede Lord Curzons hat dazu geführt, daß in maßgebenden französischen Kreisen schon im voraus jedes eventuelle deutsche Angebot abgelehnt wird. Die Diplomaten an der Seine warten in der bisher geübten Art erst gar nicht ab, bis ein deutsches Angebot unterbreitet wird. Ihre Ziele sind ja vorläufig auch ganz anders geartet, sie gehen nicht auf einen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, an dem sich Deutschland nach besten Kräften beteiligt, sie wollen deutsches Gebiet annektieren und diese Annexion durch die sogenannte Pfänderpolitik vorbereiten. Aber so ganz wohl scheint sich Frankreich in seiner jetzigen Rolle doch nicht mehr zu fühlen, die zu häufig erscheinenden Berichte über die großen Erfolge des Ruhrabenteuers und die stetig sich vergrößernden Erträge, die dem immer kriegsmüder werdenden französischen Volke in Aussicht gestellt werden, ließen schon immer darauf schließen, daß man sich jenseits des Rheins in der „Siegerrolle" nicht ganz wohlfühlt. Denn auch in der französischen Presse mehren sich die Berichte, die den völligen Mißerfolg der Ruhraktion eingestehen, die die Tonnenzahl der monatlich über die französische Grenze rollenden Kohlentransporte weit niedriger angeben, als die offiziellen Heeresberichte dies zu tun belieben. Der „Matin" kommt jetzt sogar damit heraus, daß die Kohlenbeute nach Verlauf einiger Wochen nicht nur nicht vermehrt werden kann, wie das noch vor einigen Tagen nach einer Ruhrreise ein französischer Minister in Aussicht stellte, sondern, daß nach diesem Zeitraum die Kohlenvorräte auf den Halden erschöpft sein werden. Und dann brauchen sich die französischen Eisenbahner auch keine Mühe mehr zu geben, den Eisenbahnbetrieb des Ruhrgebietes weiter zu desorganisieren. Interessant ist die Feststellung, die der „Matin" an diesen Bericht knüpft. Er stellt fest, daß in gutunterrichteten Kreisen verlautet, daß sich die Regierung nach Verhandlungen sehnt und daß sie hofft, daß solche im Laufe der nächsten drei Wochen eingeleitet werden. Die ganze französische Entrüstung über den Vorschlag Lord Curzons ist also mehr oder weniger Pose, sie ist sogar für Frankreich die willkommene Gelegenheit, ohne Prestigeverlust an die Abwicklung des Ruhrabenteuers heranzutreten. Ja, Herr Poincaré wird nach anfänglich jungfernlichem Sträuben sich doch wohl eingehender mit einem deutschen Angebot beschäftigen, als er das bisher getan hat. Im Zusammenhang mit diesen Auslassungen des großen Pariser Blattes wird man wohl auch in manchen deutschen Kreisen jetzt eher verstehen, daß Lord Curzons Vorschlag mehr ein Liebesdienst für den Bundesgenossen Poincaré, der sich trotz seines Siegesgeschreis in einer mißlichen Lage befindet, gewesen ist. Curzon hat durchaus nicht die Absicht gehabt, Deutschland von der himmelschreienden Ruhrplage zu befreien.

Der Rhein-Herne-Kanal wieder fahrbar?

Paris, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Zeitungen teilen mit, daß der Kahn Münster 34, durch dessen Versenkung vor einigen Monaten der Rhein-Herne-Kanal unfahrbar gemacht wurde, gehoben ist, so daß die Schiffahrt wieder im Gange ist. (Man darf hinter die Meldung wohl ein großes Fragezeichen setzen? Solange die Schleuse bei Henrichenberg nicht wiederhergestellt ist, dürfte es an Wasser fehlen.)

*

Die Truppen, die vorübergehend Haltern besetzt hatten, ca. fünfzig Soldaten, sind jetzt diesseits der Lippe in einer unmittelbar am Fluß gelegenen Wirtschaft einquartiert. Sie sind damit beschäftigt, das nördliche Lippeufer an der Uebergangsstraße Haltern-Hinsen mit einem Drahtverhau abzusperren. Der Bahnhof Haltern ist unbesetzt. — Der Zuzug tschechischer und polnischer Arbeiter, die von den Franzosen auf den besetzten Gruben verwandt werden, macht sich immer unangenehmer bemerkbar. Schon verschiedentlich haben diese fremden Arbeiter in betrunkenem Zustande Streitigkeiten mit den deutschen Arbeitern angezettelt. Gestern abend kam es in einer Wirtschaft in Buer zwischen deutschen und fremden Arbeitern zu einer großen Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten mehrere Verletzte gab. — Der zweite Bürgermeister von Kaiserslautern, Nelle, ist von den Besatzungsbehörden gestern verhaftet worden. Nelle ist 71 Jahre alt. Der Grund der Verhaftung liegt darin, daß Nelle, der für den seit einigen Wochen ebenfalls in Haft befindlichen ersten Bürgermeister Dr. Baumann die Geschäfte führt, die Verbreitung eines Flugblattes nicht verhindert hat, in dem die Namen von dreizehn in französische Dienste getretenen Eisenbahnern genannt waren.

In Erwartung des deutschen Angebots.

London, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die gestrige Abendpresse steht im Zeichen der Erwartung eines deutschen Reparationsangebotes. Zu den Meldungen der Berliner Blätter, daß die deutsche Regierung beschäftigte, ein solches Angebot an die Unterzeichner des Versailler Vertrages zu richten, wird von unterrichteter englischer Seite erklärt, ein derartiger Schritt der deutschen Regierung werde „durchaus fair" sein.

*

Die kommenden Ereignisse müssen sich nach englischer Auffassung in drei Etappen abspielen: 1. Vorlegung der deutschen Vorschläge, 2. Regelung der Reparationsfrage, 3. Regelung der „Sicherheits"-Frage. Konkrete Vorschläge zur Regelung der einzelnen Fragen, besonders zur Regelung der „Sicherheits"-Frage, habe Lord Curzon mit seiner Rede nicht machen wollen. In sachlicher Beziehung liegt nach Auffassung Londoner amtlicher Stellen vorläufig keine Veranlassung vor von einer Verschärfung der Lage zu sprechen. Die Reparationsregelung bleibt nach wie vor letzten Endes von der Regelung der alliierten Schuldenfrage abhängig, die bisher keinen Fortschritt gemacht hat. Der diplomatische Redakteur der „Westminster Gazette" schreibt: Die deutschen Vorschläge würden auch Garantien enthalten, die Deutschland bereit sei, einzugehen. Man spricht davon, daß Deutschland 40 Milliarden Goldmark anbieten werde. Doch werde der Entwurf der deutschen Regierung keine Zweifel enthalten, daß die deutsche Regierung der Ansicht sei, irgend eine Summe zu fixieren.

Reise Houghtons nach Washington.

Berlin, 25. April. Wie das „Berliner Tageblatt" erfährt, begibt sich der amerikanische Botschafter in Berlin, A. B. Houghton, der von einem kurzen Erholungsurlaub aus Baden-Baden zurückgekehrt ist, am 2. Mai auf eine Reise nach Washington, wo er zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt in Berlin dem Präsidenten Harding und Staatssekretär Hughes über die Lage in Deutschland Bericht erstatten wird.

Die Reparationskommission über die Sachleistungen

Paris, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reparationskommission hat die Summen festgestellt, die für die Sachlieferungen des Jahres 1922 auf das Kreditkonto Deutschlands gebucht wurden. Es entfallen auf Frankreich 209 064 100 Goldmark, auf die anderen Staaten, die Sachlieferungen erhalten haben, 486 542 700 Goldmark. Die Aufträge, die von den verschiedenen Staaten erteilt und tatsächlich vollzogen wurden, sind: Frankreich übergab Aufträge in Höhe von 213 000 000 Goldmark und erhielt 209 064 100 Goldmark. England übergab Aufträge für 187 200 000 Goldmark und erhielt 167 851 000 Goldmark. Bei Italien sind die relativen Ziffern 138 200 000 und 107 702 300 Goldmark, bei Belgien 84 700 000 und 65 696 700, bei Griechenland 4 606 000 und 4 519 500, bei Serbien 139 200 000 und 116 882 500, bei Rumänien 14 600 000 und 14 582 700, bei Portugal 9 400 000 und 9 367 300.

Neue Unruhen im Ruhrgebiet.

Münster, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) In der vergangenen Nacht ist von einer größeren Bande auf das Polizeirevier Nr. 17 in Katernberg bei Essen, in dem sich früher eine Wache der Schutzpolizei befunden hat, ein Putsch versucht worden. In dem Polizeirevier befinden sich nur noch Verwaltungspolizei, das Meldewesen, Marktpolizei und ähnliche Funktionen ausübende Beamte. In der Nacht war das Haus fast leer. Durch den Lärm waren aber Nachbarn hinzugekommen, und es entwickelte sich ein Gefecht, ni dessen Verlauf ein Angreifer getötet wurde und ein anderer durch einen Streifschuß lebensgefährliche Verletzungen erhielt. Es gelang, mehrere Rädelsführer festzunehmen. Es konnte festgestellt werden, daß der Versuch, in die Revierwachen einzudringen, nur geschah, um die angeblich dort aufbewahrten Waffen zu erbeuten. Tatsächlich haben sich aber dort keinerlei Waffen befunden.

Essen, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern nachmittag ist eine Abordnung der Arbeitslosen aus Katernberg vorstellig geworden, um die sofortige Freilassung der hier eingelieferten verhafteten Demonstranten aus Katernberg zu verlangen. Sie wurde mit ihrer Forderung abgewiesen. Von den vier verletzten Demonstranten ist einer inzwischen gestorben. Aus Mülheim werden wieder Anzeichen von neuen Unruhen berichtet. Die Stadtverwaltung trifft Abwehrmaßnahmen.

Eschweiler, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) In Call in der Eifel wurde ein französischer schwarzer Soldat in einem Mädchen erstochen angetroffen. Der Abschnittskommandeur von Eschweiler verhängte den Belagerungszustand. Der Bürgermeister erhielt den Befehl, das Mädchen bis Montag mittag abzuholen. Die Eisenbahnverwaltung hat gegen diese Maßnahme protestiert.

Die Gefahr von Lausanne.

Wirtschaftsfragen und Ruhrkonflikt.

Ein Schweizer Mitarbeiter, der die neue Lausanner Konferenz als Pressevertreter besucht, schreibt uns: Die zweite Orientkonferenz hat begonnen, in aller Stille, ohne große Reden. Man arbeitet in den Kommissionen da weiter, wo man Anfang Februar unterbrochen worden ist. Die Delegationen aller beteiligten Staaten sind wieder anwesend, mit Ausnahme von Rußland, dessen weitere Beteiligung von England nicht gewünscht wird, weil ja die Dardanellenfrage erledigt sei. Aber die Russen wußten sich zu helfen. Sie entsandten wieder den Pressechef Ahrens von der Berliner Sowjetvertretung. Er bezeichnet sich jetzt als Journalist, fungiert jedoch als Horchposten. Der Kampf geht um die wirtschaftlichen Bedingungen des türkischen Friedensvertrages, an denen die erste Lausanner Konferenz bekanntlich scheiterte. In den Gebietsfragen wird wohl einzig der italienische Anspruch auf die Insel Castelloriza dicht an der kleinasiatischen Küste zu einer Streitigkeit Anlaß geben. In allen übrigen territorialen Punkten haben die Türken nachgegeben oder sind sie bereit, nachzugeben. Nicht bereit sind sie, sich durch die Zauberkunst der wirtschaftlichen Bestimmungen um ihre nationale Unabhängigkeit bringen zu lassen. Sie sehen es ja bei — Deutschland, wie unerfüllbare wirtschaftliche Bedingungen die Handhabe zu immerwährenden Eingriffen geben. Einer solchen Reparationspolitik wollen sie, die „unbesiegten" Türken, sich nicht aussetzen.

Es wird ein heißes Ringen werden. Die Türkei will ihr schwer erschüttertes Wirtschaftsleben wieder aufbauen und dabei nichts von ihrer im Kriege mit Griechenland errungenen Selbständigkeit verlieren. Sie hat dabei zunächst weniger mit den westlichen, als mit dem ausländischen Großkapital zu kämpfen. Allerdings wird sich bald zeigen, wie weit der Einfluß des Großkapitals auf die Regierungen der Großmächte und vor allem auf die Franzosen reicht und welche Verwicklungen wieder dadurch eintreten müssen. Welches sind nun die wirtschaftlichen Bestimmungen? Erstens die Zinszahlungen der Dette publique; sie sollen in Gold geleistet werden. Ismed Pascha hat aber den Franzosen, den Hauptgläubigern der Türkei, wiederholt erklärt, daß die Zinsen der türkischen Schulden, wenn überhaupt, dann nur in Papierfranken bezahlt werden können. Die Zinszahlungen in Gold würden drei Viertel aller Einnahmen der Türken verschlingen. Also undurchführbar! Unannehmbar! Zweitens: Die Türkei soll alle Konzessionen, die die Sultanregierung in Konstantinopel nach dem Waffenstillstand von 1918 an Angehörige der Siegerstaaten gab, anerkennen. Bis heute weiß die türkische Delegation in Lausanne noch nicht, welche Konzessionen das sind. Sie weigert sich also, Unbekanntes anzuerkennen. Außerdem hat die Regierung des Sultans damals unter dem Druck der Verbündeten — war doch Konstantinopel besetzt — Konzessionen in Anatolien erteilt in einem Gebiet, über das sie gar keine Gewalt hatte. Die Konzessionsinhaber sollen sich nun unmittelbar an die jetzige türkische Regierung wenden und diese Verhandlungen sollen bis zum Ende der neuen Lausanner Konferenz abgeschlossen sein, sonst droht die Entente mit Diktat. Aber die Türkei hat nicht das geschulte Personal, um in so kurzer Zeit alle die Konzessionen auf ihre Berechtigung und Erträglichkeit für das Wirtschaftsleben der Türkei zu prüfen. Die Deutschen fehlen!

Drittens: Die Türkei soll die (von den Deutschen gebauten!) anatolischen Bahnen zurückkaufen. Woher aber die Goldmillionen nehmen? Die Alliierten wären so gnädig, das Geld vorzustrecken, wenn sie „solange in die Verwaltung der neuen türkischen Staatsbahnen einrücken". Sieht man den Pferdefuß? Viertens: Die Verbündeten verlangen Entschädigung für ihre Staatsangehörigen die während des Weltkrieges in der Türkei zu Schaden gekommen sind. Gut, sagt die Türkei, ihr habt 1918 in Berlin und Wien 7 Millionen türkische Pfund der Dette publique in Gold weggenommen, außerdem hat England im August 1914 (die Kriegserklärung der Türkei erfolgte erst Anfang November 1914) zwei dort gebaute und von der türkischen Regierung bezahlte Großkampfschiffe beschlagnahmt. Wert: 4½ Millionen Pfund. Macht zusammen 11½ Millionen Pfund. Nehmt diese als Entschädigung. Aber die Engländer rechnen anders und sie werden so lange rechnen, bis es der französischen Diplomatie gelungen ist, den Ruhrkonflikt nach Lausanne zu verpflanzen und ihn dort unlösbar mit Orientfragen zu verflechten. Das ist die größte Gefahr der neuen Konferenz von Lausanne!

*

London, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Nach Pressenachrichten von der Lausanner Konferenz tauchte dort wieder die Frage der thrazischen Grenze auf. Angesichts der Tatsache, daß die Türken und Venizelos ihre widerstreitenden Forderungen aufrecht erhielten wie vor der Unterbrechung der Konferenz, wurde die Angelegenheit späteren Beratungen vorbehalten. Die Türken brachten die Forderung der Räumung von Konstantinopel durch die alliierten Truppen vor. Sir Horace Rumbold erklärte, das sei unmöglich, ehe nicht der Vertrag unterzeichnet und von den alliierten Parlamenten ratifiziert sei. Die Türken sollen darauf nachgegeben haben, aber ohne eigentlich befriedigt zu sein. Eine Agentur meldet, Rumbold habe die Türken dahin gebracht, daß sie in im Vertragsentwurf enthaltene Bestimmung annehmen, daß nämlich, wenn man innerhalb zwölf Monaten nach Unterzeichnung des Friedens zu keiner Einigung zwischen Britannien und der Türkei über die Festlegung der Grenzen des Yzat ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230425018/fragment/page=0001

kommen sei, die Grenzfestsetzung sowie die Bestimmung des Schlußfalls von Mossul der Entscheidung des Völkerbundes überlassen werden soll. Der Bericht sagt, die Türken seien zuerst geneigt gewesen, die Verhandlung beim Rat dieser Frage wieder zu eröffnen, hätten aber schließlich nachgegeben.

*

Konstantinopel, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Angoraregierung hat einen Erlaß über die Nichtanerkennung der sowjetrussischen Außenhandelsstelle in Konstantinopel veröffentlicht. Infolgedessen haben die türkischen Behörden mit der Eintreibung der Steuern von den Sowjetdelegierten begonnen. Gleichzeitig ist ein Befehl erlassen, wonach die russischen Schiffe den Bosporus nicht passieren dürfen. Diese Maßnahmen sind die Antwort auf die Nichtzulassung eines türkischen Dampfers im Hafen von Batum. Der Zwischenfall wird in politischen Kreisen als sehr ernst aufgefaßt.

Industrievertreter beim Reichskanzler.

Berlin, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Die Besprechungen innerhalb der Reichsregierung über die Schritte, die auf Grund der Curzon-Rede unternommen werden sollen, sind nunmehr im Gange. Gestern vormittag empfing der Kanzler die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt heute eine Sitzung ab, in der man sich mit der Haltung der Industrie zu einem etwaigen neuen deutschen Vorschlag an die Alliierten beschäftigen wird. Die Führer der Fraktionen werden voraussichtlich heute vom Reichskanzler empfangen werden.

Das Versammlungsschutzgesetz.

Berlin, 24. April. Wider Erwarten schnell, allerdings auch sehr notwendigerweise, ist die am letzten Sonnabend wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses verunglückte zweite Lesung des Antrags auf Verschärfung der strafgesetzlichen Bestimmungen gegen die Sprengung von Versammlungen erneut am Dienstag zur Verhandlung gestellt worden. Die Vorschläge des Antrags sind bekannt; mit seiner Beratung wurde ein sozialistischer verbunden, der Beamte, die ihre Verpflichtungen aus dem Schutzgesetz für die Republik vernachlässigen, mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft wissen will. Den Bericht des Rechtsausschusses erstattete Abg. Leutheuser (D. Vp.), unter besonderem Hinweis darauf, daß die Bedeutung der freien Ausübung des Versammlungsrechts mit der parlamentarisch-demokratischen Verfassung erheblich gestiegen sei. Trotzdem Abg. Leutheuser seinem Bedauern Ausdruck gab, daß die Sozialdemokratie richterlichen Schutz gegen Beamte fordert, ihn aber gegenüber Versammlungssprengern ablehne, unterstrich deren Wortführer, Abg. Vogel-Franken, diesen Standpunkt, indem er sich auf rechtsradikalen Terror berufte und Befürchtungen wegen Anwendung der Strafverschärfung einseitig gegen Arbeiter, zumal in Bayern, äußerte. Dann kam ein Vertreter der deutschvölkischen Gruppe zum Wort. Abg. Henning, der die Strafverschärfungen natürlich lebhaft befürworte, und im übrigen gegen den intimsten Gegner seiner Partei, den preußischen Innenminister Severing, mit aufwallendem Temperament vom Leder zog. Er beschuldigte ihn, im Preußischen Landtag jüngst die objektive Unwahrheit gesagt zu haben. Entstand hier große Unruhe links, so stieg diese zu tumultuarischen Kundgebungen, als Abg. Hennig behauptete, die „Feldherrnübungen" der Links-Organisationen blieben vom Minister unbehelligt und die Haussuchungen bei den Deutschvölkischen habe Herr Severing zugunsten der Franzosen vornehmen lassen.

Tobende Rufe: „Lügner! Verleumder! Zur Ordnung! Abtreten!"

dröhnten zur Rednerbühne. **Der Lärm hörte nicht eher auf, bis Abg. Hennig seine Rede kurz beendet hatte.** Ein verbeißungsvolles Vorspiel zu den Interpellationen über die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Preußen! Die sozialdemokratischen Spitzen gegen Bayern riefen dann den bayerischen Gesandten v. Preger auf den Plan, der sie gegen den Vorwurf der Schwäche gegenüber den nationalsozialistischen Organisationen in Schutz nahm. Die Verbängung des Belagerungszustandes sei wohl ein Beweis des Gegenteils. Alle Versammlungsteilnehmer in Bayern würden jetzt auf Waffen untersucht. Die Annahme des Antrages auf strafgesetzliche Verschärfungen wäre natürlich für die bayerische Regierung eine große Unterstützung. Eine wüste Hetzrede des Abg. Remmele (Komm.) gegen den Antrag wurde mit einem Ordnungsruf geahndet.

Abg. Dr. Levy (Soz.) fordert unter heftigen Angriffen gegen die bayerische Regierung und die bayerischen Gerichte, daß der Reichsjustizminister die Autorität des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik auch in Bayern durchsetzt. Reichsjustizminister Dr. Heintze: Die Versammlungsfreiheit ist zu einem öffentlichen Rechtsgut geworden, das eines stärkeren Schutzes bedarf. Den vorliegenden Entwurf begrüße ich als

eine Mahnung an die Oeffentlichkeit,

dieses Rechtsgut besser zu achten als bisher. Die Regierung wird diese Ergänzung des Strafgesetzes in gleichmäßiger Unparteilichkeit gegen rechts und links anwenden. Was die Reichsregierung zu den Vorgängen in Bayern getan hat, brauche das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. Der Untersuchungsrichter hat verschiedene Möglichkeiten zur Vernehmung von Zeugen. Die Maßnahmen unter diesen Mitteln ist seinem Takt und Geschick überlassen. Wenn Schwierigkeiten entstehen, ist der Reichsjustizminister gerade zu verpflichtet, den Untersuchungsrichter auf solche Bedenken aufmerksam zu machen, und es ihm zu überlassen, ob er ihnen Rechnung tragen will. Die bayerische Justizverwaltung hat versichert, daß die Haftbefehle in Bayern vollstreckt werden. Wenn die deutsche Gesinnung eines preußischen Ministers angegriffen worden ist, so kann ich nur erklären, daß die Reichsregierung solche Angriffe entschieden zurückweist. Abg. Dr. Leicht (Bayr. Vpt.): Die bayrische Volkspartei hat in letzter Zeit energisch gegen gewisse Bestrebungen Stellung genommen, gegen die man vielleicht schon früher mit größerer Entschiedenheit hätte vorgehen sollen. Wir sind gegen die nationalsozialistische Bewegung, weil sie letzten Endes zur Revolution treibt und weil wir keine Revolutionare sind. Abg. Dittmann (Soz.) beantragt Zurückverweisung des Entwurfs an den Ausschuß, Abg. Schultz (Dn.) namentliche Abstimmung über diesen Antrag. Antrag Dittmann wird mit 196 gegen 145 Stimmen abgelehnt. Abg. Dittmann (Soz.) beantragt nunmehr Vertagung der Sitzung. Vor der Abstimmung über den Entwurf verläßt die Linke den Saal. Zum Schluß seiner Ausführungen bezweifelt er die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Abstimmung über den Vertagungsantrag ergibt 197 Stimmen mit Nein und 4 mit Ja. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Weiterberatung Mittwoch.

Vor einer neuen Devisenverordnung.

Berlin, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Zu den bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung teilt eine Berliner Mittagszeitung heute mit, daß vorgeplant unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium und unter Hinzuziehung Sachverständiger aus Bankkreisen eingehende Beratungen über die geplanten Maßnahmen auf dem Devisengebiet stattgefunden haben. Als solche Maßnahmen kommen vor allem in Betracht Erweiterungen der Anmeldepflicht für Devisen, weit ausgedehnte Bestandaufnahmen des Devisenbesitzes, Verschärfung des Verbotes der Devisenbeleihung. Es ist anzunehmen, daß noch im Laufe dieser Woche das Ergebnis in Form einer Verordnung der Reichsregierung bekanntgegeben wird.

Schluß der Selbstschutzdebatte im Landtag.

Berlin, 24. April. Am Dienstag ging im preußischen Landtag die Debatte um das Innenministerium zu Ende. Noch einmal meldeten die einzelnen Parteien auf, um ihre verschiedenartige Stellungnahme zu Herrn Severings Vorgehen in Sachen der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu begründen, aber wo dies bereits genügend geschah, den Ausführungen noch einige Erläuterungen beizugeben. Der Innenminister benutzte die ihm günstige Lage zu einer letzten Rede. Er führt aus: Ich erinnere an das Telegramm des Geschäftsführers der Deutschnationalen Volkspartei, in dem alle Ortsgruppen aufgefordert wurden, an den Reichskanzler zu telegraphieren, um seine Amtsenthebung zu verlangen. Aehnliche Forderungen, so fährt der Minister fort, wurden auch von Herrn Wulle gestellt. Auch in dem Brief Hoßbachs war die Abberufung gefordert.

Ich bin allerdings der Meinung, daß es besser ist, ein Mann führt politisch, als daß das deutsche Volk politisch geführt wird. Ich glaube aber, daß die Frage, ob mein Wirken im Interesse Deutschlands liegt, nicht hier beantwortet werden kann, in parlamentarisch leidenschaftlich beeinflußten Erörterungen, sondern nur von den Ruhrkämpfern selbst und um das Urteil der Ruhrkämpfer ist mir nicht bange. Wenn man heute im Ruhrgebiet abstimmen würde über meine politische Auffassung und die der Herren Schlange und Becker, so würden sich 90 Prozent der Ruhrkämpfer für mich entscheiden. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das ist meine feste Ueberzeugung. Deshalb bleibe ich auf meinem Posten. Ich habe unmittelbar nach dem Amtsantritt des Reichskanzlers Cuno diesen von dem ganzen Fragenkomplex unterrichtet, der uns hier in den letzten Tagen beschäftigt hat und ihn gebeten, in einer Sitzung des Reichskabinetts mit dem Preußenkabinett diese Fragen zu besprechen. Wenn es dazu nicht gekommen ist, das steht ja unwiderruflich fest, so war es nicht meine Schuld. (Lebhaftes Hört! Hört! links, Widerrufe rechts.) Sie hat bis jetzt nicht stattgefunden. Wenn es zu der Sitzung gekommen wäre, dann hätte sich zweifellos eine vollkommene Einheitlichkeit zwischen den Auffassungen im Reichskabinett und Preußenkabinett ergeben. Heute kommt es mehr denn je darauf an, unbeirrt von Tagesstimmungen die Politik des Reichskabinetts und Preußenkabinetts durchzuführen, die uns am Rhein und Ruhr zum Erfolg führt. Ich bin überzeugt, daß die Zukunft mir recht gibt. Damit ist die allgemeine Aussprache beendet und man bewilligt den Etat des Innenministeriums. Das Haus vertagt sich bis 3. Mai. Die Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag wird bis dahin vertagt.

Vom Miesbacher.

München, 25. April. (Eig. Drahtmeldung.) Im Miesbach sollte gestern früh 5¼ Uhr der Redakteur Wegener vom „Miesbacher Anzeiger" von der hier Kriminalbeamten aus München und Berlin für den Staatsgerichtshof verhaftet werden, war aber nicht zu finden. Die Frau verweigerte die Auskunft über den Aufenthaltsort ihres Mannes. Eine vom Keller bis zum Speicher durchgeführte Haussuchung blieb ohne Erfolg.

Die Hitlerspende. Die Hitlerspende, zu der die nationalsozialistische Partei aufgefordert hatte, hat, wie jetzt bekannt wird, mehr als 19 Millionen Mark erbracht.

Französische Munitionssperre gegen England. Die Franzosen, die ja ihr Pulver trocken halten wollen, und zwar keineswegs bloß gegen Deutschland, sondern „für vorkommende Fälle" namentlich auch gegen England, haben ein Ausfuhrverbot für Munition erlassen, dabei aber Belgien und Italien Erleichterungen gewährt. Daraufhin hat die englische Regierung seit längerer Zeit verlangt, daß England nicht zu offensichtlich benachteiligt werde. Aber trotz der Berufung auf die Konvention von 1882, die dergleichen einseitige Bevorzugung anderer zu ungunsten Englands nicht zulasse, gibt Frankreich nicht nach. Daraufhin hat der britische Botschafter in Paris erklären müssen, daß London die Sache ernst nähme. London weiß, wesweld.

Der Pfarrer als Milchkutscher.

Die Not der Kirche im Freistaat Sachsen.

Die Lage der evangelischen Kirche in dem jetzigen Freistaate, früheren Königreich Sachsen, ist geradezu erschütternd. Die Sozialdemokraten und Kommunisten, welche gegenwärtig die Sessel des Ministerpräsidenten, der Minister usw., in Besitz haben, führen mit rücksichtsloser Energie den Kampf gegen die Kirche. Der Sozialist Dr. Geisener weiß sehr wohl, daß, so lange die Trennung von Staat und Kirche noch nicht durchgeführt ist, der Staat die Verpflichtung hat, der Kirche die Mittel zu gewähren, um sie lebensfähig zu erhalten. Er stellt sich aber ebenso wie sein Kultusminister auf den Standpunkt, daß er der Kirche nicht mehr zu gewähren brauche, als 3½ Millionen Mark im Jahre, die Summe, die früher die königliche Regierung in Goldmark zahlte. Außerdem verbietet er eine höhere Steuerbelastung als 15 Proz. der Reichseinkommensteuer des vorigen Jahres. Die Reichsregierung hat dem sächsischen Freistaate ebenso wie allen anderen Ländern Kredite angeboten, um ihn in die Lage zu versetzen, der Kirche ausreichende Hilfe zu gewähren. Während selbst die thüringische Regierung diese Kredite angenommen hat, hat sie die sächsische dazu unnötig abgewiesen.

Die Folgen dieser Politik sind geradezu erschütternd! Die Gehälter der Geistlichen und der kirchlichen Beamten können nicht mehr gezahlt werden. Eine große Zahl von Geistlichen bekommt gegenwärtig nicht mehr als 17 000 Mark im Monat, andere 40 000 Mark. Viele hundert Geistliche haben sich andere Berufe gesucht. Sie versehen ihr Amt als Pfarrer nur noch nebenher. Eine größere Zahl ist in Banken beschäftigt. Das sind besonders Stadtgeistliche in großen Massengemeinden oder doch Geistliche aus Vororten, bei denen dann zu der abhängigen Arbeitszeit im Bankhause noch die Zeit der Hin- und Rückfahrt kommt. Was diesen Herren für Zeit für ihre Gemeinden übrig bleibt, kann ich jeder ausrechnen. Viel schlimmer noch steht es mit den Geistlichen auf dem Lande. Viele gehen in Bergwerke; ein alterer Geistlicher ist Ziegeleiarbeiter, ein anderer Zuckersieder und fährt die Milch aus seinem Orte in die Stadt. Die Kinder sind von den höheren Schulen abgemeldet. An Neuanschaffungen ist nicht mehr zu denken. Wie soll da wohl den Geistlichen die Freudigkeit ihres Amtes erhalten bleiben. Wie soll da wohl ein geistlicher Nachwuchs entstehen! Aber das mit noch nicht genug. Die Kirchen verfallen, Reparaturen sind dringendst. Allerwärts schafft man wieder Glocken an, im Freistaat Sachsen ist das ausgeschlossen. Diese Orgeln sind verstummt, teils, weil sie dringend reparaturbedürftig sind, teils, weil man die Kantoren und Organisten nicht mehr bezahlen kann. Gemeindehelfer, Diakonen, Diakonissen werden entlassen. Kirchliche Krankens- und Armenpflege stirbt aus. Ebenso kirchliche Jugendpflege.

Man hat lange Zeit in Sachsen geschwiegen und die Not still getragen, in der Hoffnung, sich selbst helfen zu können. Im sächsischen Landtage sind die Sachen von verschiedenen Abgeordneten zur Sprache gekommen. Man hat sich an die Reichsregierung gewandt, die Reichstagsabgeordneten für die Sache interessiert, aber alles scheiterte am Widerstande des Sozialisten Zeigener. Private Hilfe von einzelnen Gemeindemitgliedern wird geleistet, ist aber doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die wenigen sehr gestellten Geistlichen helfen ihren Amtsbrüdern. Die Pfarrervereine in ganz Deutschland haben eine große Hilfe in die Wege geleitet und die Geistlichen wollen 5 Proz. ihres Monatsgehaltes im ersten Quartalsmonat der sächsischen Pfarrerhilfe zuwenden. Ein Aufruf an alle evangelisch interessierten Kreise Deutschlands ist in Vorbereitung und man bittet, Spenden für die Pfarrerhilfe an die Adresse des Herrn Pfarrers Spranger, Dresden-Striesen, Trinitatiskirche, zu senden.

Geldentwertung und Betriebsrätegesetz. Das Betriebsrätegesetz an die Geldentwertung anpassen will ein Antrag, den sämtliche Parteien des Reichstages eingebracht haben. Von Bedeutung ist die Bestimmung, daß bei einem Verzug des Arbeitgebers bei Zahlung der Entschädigung der Schaden einer Geldentwertung ersetzt werden soll.

Patentraub. Wie wir berichteten, hat eine interministerielle französische Kommission vor einigen Tagen beschlossen, die funkentelegraphischen Patente Meißner zu erwerben. Es hat sich nun herausgestellt, wie der „Intransigeant" mitteilt, daß diese Patente bereits von zwei französischen Gesellschaften ausgebeutet werden, die sie von dem deutscher Inhaber gekauft haben und sogar in staatlichen Werkstätten Apparate beschlagnahmen ließen, die nach diesem Patent hergestellt waren.

Die Ansiedlung der vertriebenen Deutschen. Dem Reichstag ist ein, von den Demokraten des Sozialdemokraten, der Volkspartei ern und einigen bayerischen Volkspartellern unterzeichneter Initiativantrag zugegangen, daß für die Ansiedlung aus den Abtretungsgebieten Verdrängter über die nach dem Reichssiedlungsgesetz abgegebene Fläche hinaus 40 000 Hektar für das Jahr 1923 zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere wichtige Bestimmung des Antrages ist, daß der sündige Ausschuß endgültig über eine Enteignung entscheidet, so daß die Länder als Berufungsinstanz ausfallen. Dadurch wird den jetzt vielfach üblichen Verschleppungen ein Riegel vorgeschoben.

Musik in Halle.

Der Lehrergesangverein.

Gestern Abend gab der Hallische Lehrergesangverein im Thaliasaal ein recht gut besuchtes Konzert, das wieder Zeugnis ablegte von der liebevollen Liedpflege und der rühmlich bekannten sorgfältigen Arbeit der Einstudierung, wie sie in diesem Verein Tradition ist. Auch diesmal hatten sich die Sänger an schwierige Aufgaben herangemacht, so Schuberts „Die Nacht" und „Liebe". Auch Hegars Chorballade „Kaiser Karl in der Johannisnacht" wurde stimmungsvoll und präzise zum Vortrag gebracht, doch sei hier gleich gesagt, daß die allzu feine technische Herausarbeitung der Effekte (das Stokkato, Dämpfung unbetonter Silben) (huschi' Elfenspuk in Tann' und Au" und Parallelstellen) leicht der Wirkung schaden kann, da sie, zu sehr in den Vordergrund gerückt, den Hörer allzusehr in Anspruch nimmt und dann leicht als Selbstzweck gewertet wird. In „Rosmarin., von Taubmann und „Ich kann nicht von dir lan" von Schumann gelang dem Chor das Stimmungsmäßige ausgezeichnet. Besonders hervorzuheben wäre noch Regers köstlicher „Frühlingsruf", dessen vielfertige Harmonik mit ihren feinen Verschiebungen an das Ohr der Ausübenden große Anforderungen stellt; nur die absolut sichere Beherrschung der eigenen Stimmittel, das innige Verbundensein der einzelnen Stimmgruppen und sorgfältiges Partiturstudium, führen hier zu dem erreichten hohen Ziel.

Herr Wilhelm Trenkner hielt auf strenge Chordisziplin und hatte seine Sänger sicher in der Hand. So war es kein Wunder, daß alle Chöre zu guter Wirkung kamen und Sänger und Dirigent reichen Beifall ernteten. Als Solist des Abends war Herr Cellist Fritz Schertel aus Leipzig gewonnen, der sich gleich mit dem großen D-Dur-Konzert von Handn einen starken Erfolg holte. Sein Vortrag ist gut und edel, seine virtuose Technik ist einfach brillant, so kamen die schwierigen Treffer und freien Einsätze, die mit allen Tücken geladenen Kadenzen zu reinster Erfüllung, auch nicht ein Tönchen dieses „Brüstreins für den Cellisten" fiel unter den Tisch. Daß Herr Fritz Schertel neben einer vollendeten Technik auch einen großen Ton und eine echt cellomäßige satte Kantilene besitzt, zeigte das Adagio des Konzertes und jenes von Schumann. Daß man in einem auf eine gewisse Höhe eingestellten Konzert — wie es doch die Veranstaltungen des Lehrergesangvereins sind — gern auf eine Nichtigkeit wie den Effektsatz von Popper — die leeres technisches Brillantfeuerwerk ist, verzichtet, sei nebenbei gesagt. Wilhelm Trenkner begleitete feinfühlend, doch recht trocken. Der leb konzertant geschriebene Handn, der leidenschaftliche Dvorak, das diatonische Schumann-Adagio, verlangen auch vom Klavierspieler nachfühlendes Erleben und Nachschaffen, kein leeres Untertonden des Klavierparts. —hl.

*

Händels Josua.

Nachdem bereits am Vorabend die Hauptprobe den Schülern hiesiger Lehranstalten für geringes Entgelt geboten war, fand bei abermals vollem Hause die öffentliche Aufführung des Josua statt und nahm einen recht befriedigenden Verlauf. Es ist zu begrüßen, daß sich Carl Boyde neben der Pflege der Bachschen Kantaten, für die er seit Jahren vorbildlich gewirkt hat, nunmehr auch des Händelschen Oratoriums (in der Fassung Chrysanders) annimmt.

Der Paulus-Kirchenchor ist stimmlich gut ausgestattet, hielt sich, von unwesentlichen kleinen Ungenauigkeiten abgesehen, mit Sicherheit und entwickelte frischen Klang. Auch das dafür aus hallischen Musikfreunden zusammengestellte Orchester, unter denen sich gefährdet recht beachtenswerte Künstler befanden, bewährte sich aufs tüchtigste und an der Orgel wirkte (von Anfang bis Ende in Anspruch genommen, da ein Flügel als Begleitinstrument sich nicht auftreiben ließ) mit gewohnter Zuverlässigkeit Oskar Rebling.

Ein wertvolles Soloquartett stand zur Verfügung. In der Sopranpartie lernten wir Ingeborg Petersen aus Breslau kennen, die schon im Messias angekündigt war, aber in letzter Stunde absagen mußte. Auch diesmal schien die Stimme nicht ganz frei zu sein. Man hörte einen kräftigen, ausgiebigen Sopran, der aber noch der erforderlichen Leichtigkeit ermangelte. Ihre Meisterin, Agnes Leydhecker, ist wohl die von der Natur reicher Bedachte, und wenn sie nicht gerade vergaß, den Registerwechsel zu überbrücken, empfing man wieder einen hohen Genuß und die Uebetzeugung, eine nicht alltägliche Altstimme vor sich zu haben. Als Beispiel hervorragend schönen Klanges verbunden mit tiefer Beseelung sei an das Arioso „Dank sei dir, Herr" erinnert. Ernst Meyers Tenor, auch anfangs leicht bedeckt, aber bald sich frei entfaltend, entzückte in der Partie des Josua durch seine unverbrauchten natürlichen Reize und die Leichtigkeit des Anfatzes, die gegen früher noch bedeutend gewonnen hat. Auch muß man ihm das Zeugnis geben, daß seine Aussprache bei weitem die beste im Soloquartett war. Kurt Wichmann vervollständigte das Ensemble mit seinem von Natur mit beschadenem Wohllaug ausgestatteten und sangestechnisch kunstgerecht behandelten Bariton aufs glücklichste. Das Piano ist vortrefflich entwickelt, im Forte spürt man noch einen Rest von Heiserzung, und an der im übrigen durchaus sympathischen Vortragsbehandlung stört nur eine zu starke Verengung der offenen Vokale (z. B. e statt ä). Der Vortrag zeichnete sich durch sinngemäßen und von Empfindung zeugenden Ausdruck aus. Dr. H. K.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, gelangt Hans Sliebers „Sonnenstürmer" zur Aufführung. Donnerstag „Othello", Freitag „Wenn Liebe erwacht". Sonnabend „Der Maskenschmied". Für Sonntag wird Goldmarts Oper „Die Königin von Saba" vorbereitet.

Dr. Friedrich Wiebe Liederabend morgen, Donnerstag, sei der Beachtung aller Musikfreunde nochmals empfohlen. Die geschmackvoll ausgewählte Liederfolge wird von Kapellmeister Felix Wolfes am Klavier begleitet. Karten bei Hothan.

Otto zur Linde 50 Jahre alt. Genau ein Jahrzehnt jünger als Arno Holz, Legeht Otto zur Linde, erbitterter Gegner Holzens, am 26. April seinen 50. Geburtstag. In seiner Kampfschrift „Arno Holz und der Charon" hat er in seiner lezigen Weise seine Polemik zusammengefaßt und seine Aesthetik des „phonetischen Rhythmus" begründet. Wie Holz verwarf er alle sprachliche und metrische Konvention, alle abzestempelte „Poesie" und forderte die sachliche Unmittelbarkeit im Sprachereignis. Manche Stellen des „Charon", den er zusammen mit Rudolf Panwitz gründete und jahrelang unter schwersten Opfern herausgab, lesen sich fast wie Verläufer des Dadaismus. Aber sein großer und ernsthafter Pantheismus und seine von der Gotik des Mittelalters herkommende Lebensmystik verbinderten, daß er in einen absoluten Relativismus hineingerietet. Er bleibt ein positiver Lebenskämpfer in seiner Lyrik. Organisches Menschenleben in engster Beziehung zur Natur, eine unstarre, lebensnahe Ethik, tiefes religiöses Persönken in alle Erscheinungen des Daseins, Bruderschaft zu Pflanze und Tier, das ist das Ziel seiner Kunst. Aus seinen „Gesammelten Werken", die seit 1911 erscheinen und durch die Ungunst der Zeit nicht vollendet werden konnten — es liegen vor: 1. Thule Traumland, 2. Album und Lieder der Liebe und Ehe, 3. Stadt und Landschaft, 4. Charonischer Mythos, 5. Wege, Menschen und Ziele — springt der Mensch mehr heraus als der Künstler, der doch in seinem Können hinter seinem Wollen und seiner Theorie zurückblieb. Dieses Gesamtwerk bleibt aber trotzdem ein bedeutsamer Saal im Hause der Lyrik. Er ist keine leichte Lektüre, weder inhaltlich noch formal; dem, der sich um die Eigenwerte bemüht, wird die Lyrik Otto zur Lindes manche reiche Stunde schenken. Dr. H.

Vorstandswahl in der Berliner Sezession. In der Hauptversammlung der Berliner Sezession sind soeben die Vorstandswahlen für das Ausstellungsjahr 1923/24 vorgenommen worden. Als Vorstand wurden gewählt: Prof. Louis Corinth, Eugen Spiro, G. v. Finetti, Ernst Oppler, Prof. C. M. Kösner, Martin Müller, Prof. Ernst Wenck. Die Jury setzt sich für die nächste Ausstellung aus folgenden Mitgliedern zusammen: Louis Corinth, v. Finetti, Fritsch, Müller, E. Oppler, Kösner, Spiro, Scheurich, Scholz, Steinhardt, Waske, Wand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230425018/fragment/page=0002